

Mediengespräch

Zürich, 13. Dezember 2002

Einleitende Bemerkungen von Niklaus Blattner

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist bei der Durchführung ihrer Geld- und Währungspolitik auf ein gesundes Bankensystem angewiesen. Nur effiziente und solvente Banken kommen für uns als Gegenparteien in Frage. Nur in einem aus solchen Banken bestehenden System ist auf eine wirksame Umsetzung der Geldpolitik Verlass. Hinzu kommt, dass nur mit effizienten und solventen Banken (die Nicht-Bank Postfinance und die Infrastrukturen der Zahlungs- und der Wertschriftenabwicklung eingeschlossen) ein effizienter und sicherer Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten ist.

Diese Erkenntnis fand ihren Niederschlag in der aktuellen Vorlage zur Totalrevision des Nationalbankgesetzes. Dort wird nicht nur die Überwachung von Zahlungs- und Wertschriftenabwicklungssystemen als Notenbankaufgabe aufgeführt. Neu ist insbesondere auch die explizite Formulierung, wonach die Nationalbank zur Systemstabilität beizutragen habe. Durch organisatorische Massnahmen haben wir die Voraussetzungen zur Erfüllung dieses erweiterten Auftrags bereits 2001 verbessert. Gesetz und Organisation bewegen sich damit entlang jener Linien, welche die Notenbanken international verfolgen, seitdem sie die Systemstabilität als notwendige Voraussetzung für eine wirksame Geld- und Währungspolitik verstärkt erkannt haben.

Unsere enge Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) wird nach revidiertem Gesetz noch ausgeweitet. Die Verantwortlichkeiten bleiben aber klar abgegrenzt. Für die EBK steht die Banken- bzw. Institutsaufsicht im Vordergrund, die Nationalbank widmet sich der Überwachung der Zahlungs- und Wertschriftenabwicklungssysteme und der Förderung der Stabilität des Finanzsystems.

Zu den Schwerpunkten unserer Tätigkeit auf diesem Gebiet zählt die Analyse der Strukturen, des Verhaltens und der Ergebnisse im schweizerischen Bankensystem. Bisher war die Nationalbank vor allem als Produzentin einer Bankenstatistik bekannt. Immer wieder trat sie auch als Quelle bankwirtschaftlicher Untersuchungen hervor. Neu wenden wir uns vermehrt auch der aktualitätsbezogenen Analyse zu. Dazu gehört eine periodische Analyse der Lage im Finanzsystem. Wir konzentrieren uns dabei auf jene Aspekte, welche zur Beurteilung der Systemstabilität relevant sind. Aus diesem Grund stehen die Banken im Vordergrund. Entwicklungen in der Welt der Versicherungen gefährden die Systemstabilität höchstens indirekt, z.B. im Fall eines Finanzkonglomerats.

Zürich, 13. Dezember 2002

2

Zur Lage im Schweizer Bankensektor

Das Umfeld des Schweizer Bankensektors war in den vergangenen Monaten unfreundlich. Die konjunkturelle Entwicklung hat sich verlangsamt. Die Hoffnung auf eine baldige Erholung wurde gedämpft. Die Anzahl der Firmenkonkurse ist gegenüber dem Vorjahr erheblich angestiegen. Die Unsicherheit über die Gewinne der Unternehmen hat voll auf die Aktienmärkte durchgeschlagen. Wie anderswo sind auch die Kurse der Schweizer Aktien bei hoher Volatilität markant zurückgegangen. Während der Schweizer Gesamtmarkt (SPI) seit Anfang Jahr um 22% gesunken ist, haben der Bankenindex um 30% und der Aktienindex der Versicherungen gar um 47% nachgegeben (Stand 9. Dezember 2002).

Welchen Auswirkungen sind die Banken ausgesetzt? Die schwache Konjunktur belastet die Qualität der Kreditportfolios, der Kursverfall an den Börsen die Gewinne. Die Banken erleiden dabei nicht nur Verluste auf den eigenen Wertpapierbeständen. Die Börsenflaute hat auch Auswirkungen auf die Kommissions- und Dienstleistungserträge. Lukrative Dienstleistungen im Investmentbanking – wie etwa im Zusammenhang mit Börsengängen oder Fusionen – werden weniger nachgefragt, und die Zurückhaltung vieler Investoren reduziert via tiefere Umsätze die Einnahmen im Kommissionsgeschäft. Auch in der Vermögensverwaltung kommt es aufgrund der fallenden Aktienkurse zu Gewinnrückgängen, da ein Teil der Gebühren und Kommissionen abhängig vom Wert der verwalteten Vermögen oder der erreichten Performance erhoben wird.

Die Grossbanken verzeichneten in diesem Jahr gegenüber den Vorjahresquartalen überwiegend Gewinnrückgänge, teilweise sogar erhebliche Verluste. Dafür verantwortlich sind vor allem die schlechteren Ergebnisse im Eigenhandelsgeschäft und die Abnahme der Geschäfte im Investment Banking (Emissionen, Fusionen und Übernahmen). Zu den Verlusten trug insbesondere das Versicherungsgeschäft bei. Im traditionellen Bankgeschäft, insbesondere im Retailbereich erzielten die Grossbanken hingegen befriedigende Resultate. Die durch die Grossbanken ausgewiesenen BIZ-Eigenmittelquoten liegen deutlich über dem erforderlichen Minimum.

Banken, welche sich auf die Vermögensverwaltung konzentrieren, haben vor allem mit den Auswirkungen der reduzierten Performance an den Kapitalmärkten und den gerade in den letzten Jahren stark gestiegenen Kosten zu kämpfen.

Für die Banken, die vorwiegend im Zinsgeschäft tätig sind, spielt der Konjunkturverlauf eine dominierende Rolle. Wie erwähnt ist in diesem Bereich wegen der sich verlangsamenden Konjunktur mit einer Verschlechterung der Kreditqualität und damit mit einem höheren Rückstellungsbedarf zu rechnen.

Von den rund 250 Banken, welche ihre Halbjahresergebnisse veröffentlichen, wiesen zwar rund zwei Drittel eine Gewinnreduktion gegenüber dem 1. Semester des Vorjahres auf und 13 hatten gar einen Verlust zu verzeichnen. Die restlichen Banken konnten jedoch eine Gewinnsteigerung verzeichnen. Der aggregierte Gewinn ist gegenüber der Vorjahresperiode um 21% zurückgegangen.

Die Lage bei den Eigenmitteln präsentiert sich trotz des bedauerlichen Falls der Banque Cantonale Vaudoise insgesamt günstig: Alle Banken erfüllen nach wie vor die Eigenmittelvor-

Zürich, 13. Dezember 2002

3

schriften. Im Durchschnitt aller Banken (ohne die Grossbanken, September) lag die Eigenmittelausstattung 79% über dem regulatorischen Minimum. 98% der Banken konnten einen mindestens 20%-igen Eigenmittelüberschuss ausweisen.

Das Gesamtbild ist das Folgende: Der schweizerische Bankensektor leidet unter unsicheren Konjunkturaussichten und einer angespannten Lage an den Finanzmärkten. Zahlreiche Finanzinstitute sehen sich zu Korrekturmassnahmen gezwungen. Diese reichen von der Kostenreduktion, der Bereinigung der Angebotspalette, der Verminderung der Risikoexposition, der weiteren Straffung des Risiko- und Liquiditätsmanagement bis zu Kapitalerhöhungen und Fusionen. Die Massnahmen werden überwiegend zügig umgesetzt. Auch die Attraktivität von Vorhaben der Zusammenarbeit auf der Stufe der Logistik und der Kapitalbeschaffung hat zugenommen. Allerdings ist zu wünschen, die Hemmungen, eine oft nur noch vermeintlich bestehende Autonomie preiszugeben, würden rascher abgebaut. Die Vorstellung, eine Bank sei nur eine „richtige Bank“, wenn sie möglichst die gesamte Wertschöpfungskette selbst herstellt, ist seit langem überholt.

Davon abgesehen hängt die weitere Entwicklung stark vom Konjunkturverlauf und von der Stabilisierung an den Finanzmärkten ab.

Zwei Tatsachen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Erstens ist die Eigenmittelausstattung der Banken in der Schweiz insgesamt komfortabel und versetzt sie in die Lage, aus einer Position der Stärke heraus zu handeln. Zweitens haben die Banken in der Schweiz die guten Jahre seit Ende der neunziger Jahre überwiegend dazu benutzt, ihr Kreditgeschäft auf die Risiken abzustimmen und ihr Liquiditäts- und Risikomanagement zu reformieren. Dies zahlt sich jetzt, unter schwierigen Umständen, aus.

In anderen Worten: Die sich im schweizerischen Bankensystem stellenden Probleme werden gelöst. Die Banken in der Schweiz verfügen über die dafür nötige Kraft. Der Strukturwandel verläuft rasch und wird sich wohl noch weiter beschleunigen. Das Bankensystem befindet sich zwar im Umbruch, aber gleichzeitig ist es stabil.

Zur Rolle des Euro im Zahlungsverkehr

Vor einem knappen Jahr wurde in der europäischen Währungsunion der Euro auch als Bargeld eingeführt. Im Vorfeld der Bargeldumstellung hatte die Nationalbank im Sommer 2001 Gespräche mit über 100 Schweizer Unternehmen und Verbänden geführt und diese über ihre Erwartungen in Bezug auf den Euro als Bargeld sowie über ihre bisherigen Erfahrungen mit dem Euro als Buchgeld befragt. Im vergangenen Sommer, d.h. ein gutes halbes Jahr nach der Bargeldumstellung, führte die Nationalbank nochmals eine ähnliche Umfrage durch. Zweck dieser nochmaligen Befragung war es, Informationen über die ersten Erfahrungen mit dem neuen europäischen Bargeld in der Schweiz zu sammeln. Im Zentrum stand dabei die Frage nach der Verwendung des Euros als Zahlungsmittel im Tourismus sowie im Detailhandel. Daneben wurden aber auch die Exportunternehmen nochmals über ihren Umgang mit dem Euro als Buchgeld befragt. Hier interessierte sich die Nationalbank vor allem für die Verbreitung des Euros als Fakturierungswährung sowie für die Handhabung des Wechselkursrisikos.

Zürich, 13. Dezember 2002

4

In Bezug auf den Euro als Bargeld ist es wie erwartet nicht zu einer massiven Erhöhung der Fremdwährungszahlungen gekommen. Bei der Mehrheit der besuchten Betriebe aus der Tourismus-Branche und dem Detailhandel liegen die heutigen Barzahlungen in Euro auf einem ähnlichen Niveau wie die früheren Zahlungen in den alten europäischen Währungen. Am häufigsten bezahlen Gäste mit einer sehr kurzen Aufenthaltsdauer (eine Nacht) mit Euro. Auch einige amerikanische und asiatische Touristen, die die Schweiz im Rahmen einer Europareise nur kurz besuchen, verwenden den Euro. Die traditionellen europäischen Feriengäste hingegen wechseln sich weiterhin Schweizer Franken.

In der Praxis verrechnen die meisten Betriebe bei Euro-Zahlung den Tageskurs plus eine Marge von 2-3%. Die Mehrheit der Betriebe akzeptiert nur Euro-Noten und gibt als Rückgeld Schweizer Franken; eine Minderheit nimmt auch Euro-Münzen und gibt Euro als Rückgeld. Die Münz-Bewirtschaftung wird dadurch erschwert, dass die meisten Banken keine Münzen kaufen bzw. verkaufen. Alle befragten Betriebe schätzen die Vereinfachung, die der Ersatz der früheren europäischen Währungen durch die Einheitswährung gebracht hat, positiv ein.

In Bezug auf den Euro als Buchgeld sind viele Exportfirmen bereits relativ rasch nach der Einführung der Einheitswährung zu einer Fakturierung in Euro übergegangen, so dass diese Praxis sich in der jüngsten Vergangenheit nicht mehr wesentlich verstärkt hat. Die Fakturierung von Exporten in die Eurozone in Euro ist weit verbreitet. Ausnahmen bilden die Produzenten von einigen Nischen- und Luxus-Produkten, die nach wie vor in Schweizer Franken Rechnung stellen. Die Euro-Einnahmen werden nur in seltenen Fällen abgesichert; die Absicherung an den Finanzmärkten wird von den Unternehmen nach wie vor als zu teuer bezeichnet. Weit verbreitet ist hingegen das sogenannte "natural hedging", indem die eingenommenen Euros zur Begleichung von Lieferantenrechnungen verwendet werden: Vorprodukte und Rohmaterial aus der Eurozone werden in Euro bezahlt.

In zunehmender Weise wird neuerdings auch von Schweizer Lieferanten eine Rechnungstellung in Euro verlangt. Über das Ausmass dieser Euro-Zahlungen zwischen Schweizer Firmen herrscht Unklarheit. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass diese Zahlungen sich im Vergleich zur letztjährigen Umfrage erhöht haben und dass dieser Trend auch in Zukunft anhalten dürfte. Nach wie vor kein Thema sind Lohnzahlungen in Euro. Die Arbeitnehmer würden Lohnzahlungen in Euro nicht akzeptieren; ausserdem wären damit grosse administrative Probleme verbunden (Sozialabgaben und Steuern in Schweizer Franken).

Für die Geldpolitik ergeben sich aus der punktuellen Verwendung des Euro an Stelle des Schweizer Frankens keine Schwierigkeiten. Einerseits dürfte die grosse Masse der Zahlungen in der Schweiz auch in Zukunft in Franken abgewickelt werden. Andererseits führt auch ein eventueller Euro-bedingter Rückgang der Geldnachfrage unter der heutigen geldpolitischen Strategie zu keinen Problemen. Im Gegensatz zur früheren geldmengenorientierten Politik ist die heutige Zinssteuerung der Nationalbank nicht auf eine stabile Geldnachfrage angewiesen.

Die Nationalbank sieht aber, dass unsere Exportindustrie mit der Verbreitung der Euro-Fakturierung zunehmende Wechselkursrisiken tragen muss.